



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

10. Jahrgang, Nummer 02 / 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

passend zur farbenfrohen Osterzeit erscheint dieser BBU-Newsletter erstmals mit dem neuen BBU-Aktionslogo. Ebenfalls passend zur Osterzeit hier Infos und Termine aus der bundesweiten Ostermarschbewegung: <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/om2013.htm>.

Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch schöne Ostertage und einen sonnigen, warmen April.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Bürgerinitiativbewegung setzt sich in der siebten niedersächsischen Regierungskommission für eine ambitionierte Umsetzung der europäischen Industrieemissionsrichtlinie ein

Mit dem Diplom-Physiker Oliver Kalusch vertritt erstmals ein Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) den Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen in einer Kommission der Niedersächsischen Landesregierung. Die siebte niedersächsische Regierungskommission arbeitet zum Thema „Europäische Umweltpolitik und Vorhabenplanung“. Zu ihren Aufgaben gehört es, die Landesregierung zu beraten, Strategien zu entwickeln und Empfehlungen für die Politik abzugeben. Dazu hat die 7. Regierungskommission sechs Arbeitskreise eingerichtet. Oliver Kalusch ist Mitglied des Arbeitskreises „Umsetzung und Vollzug der Industrieemissionsrichtlinie“. Dem Arbeitskreis kommt eine wichtige Bedeutung bei der Auslegung und Konkretisierung der Anforderungen zu, die aufgrund der Richtlinie neu in das Bundes-Immissionsschutzgesetz und seine Verordnungen aufgenommen wurden. Oliver Kalusch betont: „Ich werde mich im Arbeitskreis für eine umweltpolitisch ambitionierte Umsetzung der Richtlinie einsetzen.“

Die Kommission und ihre Arbeitskreise sind pluralistisch zusammengesetzt. In ihnen sind die Wirtschaft, Gewerkschaften, die Wissenschaft, Umweltverbände, Kommunale Spitzenverbände, die Verwaltung und Stiftungen vertreten. Empfehlungen der Kommission und ihrer Arbeitskreise werden gemäß dem Konsens-Prinzip grundsätzlich einstimmig gefasst. Damit hat die Stimme der Umweltverbände eine große Bedeutung. Die Kommission wird voraussichtlich bis 2016 tätig sein.

Oliver Kalusch erklärt zu der Arbeit des Gremiums und zu dessen Ergebnissen: „Für die Bürgerinitiativbewegung bedeutet die Vertretung im Arbeitskreis zur Industrieemissionsrichtlinie (IED) eine große Chance, die deutsche Immissionsschutzpolitik der nächsten zehn Jahre zu beeinflussen. Durch die Änderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und seiner Verordnungen, die in den nächsten Wochen im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden, stehen wir vor gewaltigen Veränderungen. Dabei sind noch viele Fragen der Umsetzung zu klären. Die Empfehlungen des IED-Arbeitskreises haben daher nicht nur für Niedersachsen Bedeutung. Sie strahlen auch auf andere Bundesländer, die Umweltministerkonferenz oder den Länderausschuss für Immissionsschutz (LAI) aus. Fortschrittliche Vorgaben bei immissionsschutzrechtlichen Zweifelsfragen, für die Art und Weise von Inspektionen oder für die Anfertigung von Ausgangszustandsberichten hinsichtlich des Grundstücks, auf dem eine Anlage errichtet wird, wirken sich dabei direkt auf die Arbeit der Bürgerinitiativen vor Ort aus. Die Initiativen können sich auf die von der 7. Regierungskommission verabschiedeten oder beeinflussten Dokumente berufen und so einen hohen Umweltstandard einfördern.“ *BBU-Pressemitteilung vom 25.02.2013;*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/25.02.13.html>

Hinweis: Bei der BBU-Mitgliederversammlung im Herbst wurde erstmals seit Einführung des Euro eine Beitragserhöhung beschlossen. Bitte beachtet dazu die Informationen, die allen BBU-Mitgliedern gesondert zugehen. Bei Fragen zu den Beitragssätzen wendet Euch bitte vertrauensvoll an die BBU-Geschäftsführerin.

Jürgen Rochlitz aus BBU-Vorstand ausgeschieden

Jürgen Rochlitz (75) ist aus eigenem Wunsch aus dem geschäftsführenden Vorstand des BBU ausgeschieden. Er vertrat insbesondere die energiepolitischen Interessen der BBU-Mitgliedsorganisation der Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg e.V.". Eine Nachwahl des BBU-Vorstands wird auf der nächsten BBU-Mitgliederversammlung stattfinden.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Ergebnisse der Atommüllkonferenz 2013 in Kassel

Auf Einladung der AG Schacht Konrad, des Asse II Koordinationskreises und der Bürgerinitiativen aus Gorleben und Morsleben debattierten am 01.02. Delegierte aus rd. 30 Umwelt- und Anti-Atom-Initiativen über den Umgang mit dem Atommüll. Die Ergebnisse flossen in folgende Erklärung ein:

1. Für einen angemessenen, sorgfältigen und verantwortbaren Umgang mit dem Atommüll-Desaster ist ein reiner Parteienkonsens bei weitem nicht ausreichend, es muss vielmehr eine gesellschaftliche Verständigung über das weitere Vorgehen mit allen radioaktiven Hinterlassenschaften erfolgen. Das vom Bundesumweltministerium vorgelegte Endlagersuchgesetz muss unverzüglich ausgesetzt werden. Die neue Landesregierung von Niedersachsen darf wegen der besonderen Betroffenheit des Bundeslandes einem derart eiligen und unausgewogenen Gesetzesentwurf nicht zustimmen.

2. An erster Stelle kann nicht bereits die Ausarbeitung eines Gesetzes stehen, vielmehr bedarf es zuerst der sorgfältigen Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit und einer öffentlichen Analyse der Ursachen, um daraus Lehren für einen angemessenen weiteren Prozess ziehen zu können.

2. Ein dem Stand von Wissenschaft und Technik angepasstes Verfahren muss Rückschritte zulassen und einem unabhängigen Legislatur-übergreifenden externen Kontrollgremium mit der Kompetenz zur Rücküberweisung unterliegen. Der Bevölkerung sind dabei weitreichende substanzielle Mitbestimmung und Kontrollrechte einzuräumen, sowie rechtliche Überprüfmöglichkeiten zu erhalten.

3. Die Rückstellungen der Energieversorgungsunternehmen müssen in einem öffentlich-rechtlichen Fond zur Verfügung gestellt werden.

4. Der einzige akzeptable und langfristig sichere Schutz der Bevölkerung vor radioaktiven Stoffen besteht darin, die Produktion dieser Stoffe unverzüglich zu stoppen und Atomanlagen sofort still zu legen. (...) Sicher ist nur das Risiko! Wir warten nicht auf die Katastrophe.

Kassel, den 02. Februar 2013 /// ASSE-II-Koordinationskreis, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., BI Morsleben



Öffentliche Bibliothek in Almelo: Anti-Atomkraft-Bewegung wird zensiert

(Almelo, Gronau, Münster, Bonn, 13.02.2013) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und seine Mitgliedsorganisationen, das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Arbeitskreis (AKU) Gronau, kritisieren in scharfer Form jegliche Einflussnahme seitens der Atomindustrie auf Kommunen und öffentliche Einrichtungen. Aktuell solidarisieren sie sich mit den niederländischen Stiftungen VEDAN und LAKA. Beiden Stiftungen ist kurzfristig die Nutzung der Öffentlichen Bibliothek in Almelo (NL) für die Durchführung einer Ausstellung und eines Symposiums untersagt worden. Hintergrund: Mit der Ausstellung und dem Symposium sollte über die Aktivitäten des Urenco-Konzerns informiert werden, der in Almelo (und auch in Gronau) eine Urananreicherungsanlage betreibt. Der Urenco-Konzern hat maßgeblich die Bibliothek in Almelo mit Sponsorengeldern bedacht.

Aus einer Pressemitteilung vom 13.02.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/13.02.13.html>

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/13.02.13.html>

Flugverbotszone über Urananreicherungsanlage Gronau zu klein

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen sowie der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau fordern die NRW-Landesregierung auf, aus dem wegweisenden Flugrouten-Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Berlin-Brandenburg vom 23. Januar 2013 unverzüglich Konsequenzen für die Flugverbotszone rund um die Urananreicherungsanlage Gronau zu ziehen.

Die Berliner OVG-Richter hatten eine Flugroute für den geplanten Berliner Großflughafen für unwirksam erklärt, weil die Flugzeuge in einer Höhe von 2600 Metern und in einer Entfernung von 3 Kilometern den Forschungsreaktor BER II am Wannsee passiert hätten. Erst am 10. Januar 2013 hatte die NRW-Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piratenfraktion jedoch mitgeteilt, dass rund um die Urananreicherungsanlage Gronau nur eine Flugverbotszone von rund 600 Metern Höhe und 1,5 km Abstand gelte (Landtagsdrucksache 16-1832, s. Anhang dieser PM). Bereits vor dem Urteil mussten am Wannsee Sportflugzeuge einen Abstand von 3,7 km einhalten.

„Die Berliner Richter haben juristisch neue Maßstäbe für Flugverbotszonen über Atomanlagen gesetzt. Darauf muss die Landesregierung in Düsseldorf nun reagieren. Die jetzige Mini-Flugverbotszone rund um die Urananreicherungsanlage Gronau bietet vor Flugzeugabstürzen keinerlei Schutz“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und Mitglied im Arbeitskreis Umwelt Gronau.

Es ist zudem zu bedenken, dass die Urananreicherungsanlage auch nach Auskunft der Landesregierung nicht verbunkert ist, und dass Tausende Tonnen Uranhexafluorid in einem „Freilager“ unter freiem Himmel lagern. Die Urananreicherungsanlage Gronau ist also kein kleines Punktziel, sondern aus der Luft weithin sichtbar. Somit ist auch eine wesentlich größere Gefahr gezielter Anflüge gegeben.

Aus einer Pressemitteilung vom 14.02.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/14.02.13.html>

Mitgefühl mit den Menschen in Tscheljabinsk

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sein Mitgefühl mit den Menschen in Tscheljabinsk zum Ausdruck gebracht. "Der Meteoriten-Schlag kam völlig unerwartet und traf die Bevölkerung vor Ort bei bitterer Kälte", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand. Gleichzeitig betont der BBU, dass das Unglück noch größer wäre, wenn eine der Atomanlagen im Umfeld von Tscheljabinsk getroffen worden wäre.

Etwa 60 km entfernt von Tscheljabinsk befindet sich das Atomzentrum Majak, in dem sich 1957 ein schwerer Atomunfall ereignet hatte. Rund 200 km von Tscheljabinsk liegt der Atomkomplex von Nowouralsk. Dort lagern u. a. unter freiem Himmel Uranmüllcontainer, die aus der deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau stammen.

Der BBU kritisiert erneut den bisherigen Atommüllexport von Deutschland in andere Länder und betont gleichzeitig, dass auch die Lagerung von Urancontainern unter dem freien Himmel in Gronau nicht hinnehmbar ist.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 16.02.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/16.021.13.html>

Gorleben Rundschau

BI bringt Farbe in die Atommülldebatte: Die neue Gorleben-Rundschau erscheint jetzt mit neuer Farbfrische und einer ganzen Reihe von Neuerungen. Auf nunmehr 16 Seiten können Interessierte nachlesen, wie der Besuch des Bundesumweltministers Peter Altmaier (CDU) im Wendland aufgenommen wurde, welche interessanten Details der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Gorleben ans Licht befördert hat und warum die Gorleben-GegnerInnen von Rot-Grün nicht nur das Aus für Gorleben fordern, sondern auf einer umfassenden Atommülldebatte beharren, an deren Ende ein Endlagersuchgesetz stehen soll. Interviews, Glossen, Kurznachrichten runden das Bild ab.

Der Grund ist unser Anliegen, Informationen einer breiten Öffentlichkeit auch über die Grenzen des Wendlands hinaus zugänglich zu machen. Denn auch abseits der medial stark wahrzunehmenden Castortransporte nach Gorleben arbeitet die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. (BI) mit einem großen Aufwand gegen die Atomlobby und nimmt dabei selbstredend auch als Teil der gesamten Anti-Atom-Bewegung wichtige Aufgaben wahr, die weit nur über das Thema Gorleben hinaus gehen.

Die Gorleben Rundschau ist dabei ein hervorragendes Medium, politische Prozesse zu hinterfragen, aufzuklären, von Aktionen zu berichten und Menschen aus dem Widerstand zu Wort kommen zu lassen. Unser Magazin wird fortan alle zwei Monate über die Gefahren der Atomkraft und das Atommülldilemma berichten und dabei den Fokus auf den Brennpunkt Gorleben legen.

Die Gorleben Rundschau wird künftig kostenlos versandt. Natürlich sind die Kosten für ein derartiges Informationsmagazin nicht unerheblich und gerade als gemeinnütziger Verein sind wir für solch ein ambitioniertes Projekt in besonderem Maße auf Spenden angewiesen. Weil wir ehrenamtlich arbeiten und schon unsere Aktionen und Kampagnen aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren, können und wollen wir diese nicht in die Gorleben Rundschau fließen lassen. Deshalb soll das Erscheinen der Gorleben Rundschau mit Spenden gesichert werden. Mit 5, 10 oder gar 20 Euro als monatliche Dauerspende wäre ein dauerhaftes Erscheinen dieses Heftes gesichert.

www.bi-luechow-dannenberg.de, Bürozeiten Mo-Fr ab 10 Uhr, Tel. 05841-4684.

Aus einer E-Mail der BI vom 26.02.2013

2. Fukushima-Jahrestag: Robin Wood reicht über 10.000 Unterschriften gegen die Gronauer Uranfabrik ein

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in Düsseldorf, dass sie den vielfältigen Protest gegen die Urananreicherungsanlage in Gronau ernst nimmt.

Die Umweltorganisation Robin Wood hat am Mittwoch (6. März) im NRW-Wirtschaftsministerium über 10.000 Unterschriften gegen den Weiterbetrieb der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) überreicht. Mit den Unterschriften wird die umgehende Stilllegung der Anlage gefordert. Das Ministerium ist gleichzeitig die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für den Betrieb der UAA.

In dem Text der Unterschriftenaktion heißt es: „Das angereicherte Uran aus Gronau wird später zu Brennelementen für Atomkraftwerke weiter verarbeitet. Damit exportiert die UAA Gronau die atomaren Risiken bis hin zum Super-Gau in alle Welt! Mit dem Betrieb der UAA sind zahlreiche gefährliche Atomtransporte verbunden. Das Uran, welches in Gronau bearbeitet wird, stammt aus Erzminen, in denen es unter extrem umwelt- und gesundheitsschädlichen Bedingungen gefördert wird. Zudem gehen von der UAA Gronau im Normalbetrieb und insbesondere bei Naturkatastrophen und Unfällen hohe Risiken für die Bevölkerung aus.“

Informationen über die engagierte Arbeit von Robin Wood, einer BBU-Mitgliedsorganisation: www.robinwood.de.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 07.03.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/07.031.13.html>

30.000 demonstrieren bundesweit gegen jegliche Atomenergienutzung



Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht in den bundesweiten Demonstrationen vom Wochenende ein deutliches Zeichen der Bevölkerung an die Bundesregierung, aber auch an die zuständigen (und verantwortlichen!) Landesregierungen, dass endlich für alle Atomkraftwerke und Atomfabriken die Betriebsgenehmigungen aufgehoben werden müssen. Rund 30.000 Menschen haben an den Atomstandorten Gronau, Gundremmingen und Neckarwestheim, rund um das Atomkraftwerk Grohnde und auch in Städten wie Freiburg, Frankfurt und Düsseldorf für den sofortigen Atomausstieg demonstriert.

"Nach Tschernobyl wurde der Super-GAU in Fukushima erneut bittere Realität. Und nicht zu vergessen ist die ständige Verseuchung an vielen Orten durch den menschenfeindlichen Uranabbau. Der Bundesregierung sind die verheerenden Zustände bekannt. Dennoch ist der Atomausstieg auch in der Bundesrepublik - trotz offizieller Beteuerungen - noch längst nicht besiegelt", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz bei der Kundgebung am Samstag vor der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau vor 1200 Menschen.

Der BBU hält den Betrieb von Atomkraftwerken und sonstigen Atomanlagen aus verschiedenen Gründen für nicht verantwortlich. Ständige Unfälle, menschliches Versagen, drohende Flugzeugabstürze und die unlösbare Atommüllentsorgung erfordern den sofortigen Atomausstieg. Der BBU fordert auch international den sofortigen Atomausstieg und begrüßt auch die internationalen Demonstrationen, die anlässlich des 2. Fukushima-Jahrestages durchgeführt werden

Weitere Demonstrationen zum kommenden Jahrestag der Tschernobylkatastrophe (26. April) sind bereits in der Vorbereitung und auch bei den Ostermärschen werden die Gefahren der Atomenergie thematisiert.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 10.03.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/10.03.13.html>

Petition: Atommüll-Alarm

Überall im Land liegt Atommüll herum. An Atomkraftwerken. In Zwischenlagern. In Forschungseinrichtungen. In der Asse II und in Morsleben ist die Endlagerung schon mal schiefgegangen. In Gorleben darf sich das nicht wiederholen.

Die Bundesregierung macht mächtig Druck. Bis zum Sommer will sie sich mit den Grünen und der SPD einigen, wie sie einen Ort finden, wo der hochradioaktive Müll vergraben werden soll.

Mehr zur Petitionskampagne, die auch vom BBU unterstützt wird, unter

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/petition>



AKW Obrigheim

Die Initiative AtomErbe Obrigheim, eine Mitgliedsinitiative des BBU, ruft zur Unterstützung ihrer Arbeit auf: <http://www.atomerbe-obrigheim.de/unterstuetzung>

Fracking

Rot-Grün in Niedersachsen versagt beim Koalitionsvertrag – Fracking-Problematik bleibt ungelöst

Als Versagen in einem zentralen umweltpolitischen Bereich bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die unzureichenden Aussagen zum Thema „Fracking“ im Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN in Niedersachsen. So enthält der Vertrag trotz der bekannten Gefahren bei der Ausbeutung unkonventioneller Erdgasvorkommen kein Bekenntnis für Initiativen der Landesregierung zu einem Fracking-Verbot. Selbst eine klare Aussage zu einem Fracking-Moratorium in Niedersachsen, wie es in Nordrhein-Westfalen existiert, fehlt. Mit beliebig interpretierbaren Formulierungen kann der von der letzten Landesregierung forcierte Einstieg in die Gewinnung des unkonventionellen Erdgases hingegen problemlos weiter betrieben werden.

Diplom-Physiker Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt: „Die von SPD und GRÜNEN in Niedersachsen formulierte Fracking-Politik fällt sogar noch hinter die von Bundes-Umweltminister Altmaier von der CDU formulierten Positionen zurück. Beispielsweise fehlt ein Ausschluss von Gebieten, in denen nicht gefrackt werden darf. Damit stoßen SPD und Grüne alle Wähler vor den Kopf, die von ihnen die notwendige Änderung der Politik in diesem Bereich erwartet haben.“

Besonders problematisch ist die Behandlung des Flow-Backs, des Gemischs von Frackflüssigkeiten und Lagerstättenwasser, welches nach dem Fracken wieder an die Oberfläche gepumpt und entsorgt werden muss. Eine umweltverträgliche Entsorgungsmöglichkeit für diese Abwässer existiert nicht. Die Umweltministerkonferenz hatte sich daher vor kurzem einstimmig gegen Disposalbohrungen, die zur Versenkung dieser Flüssigkeiten in den Untergrund dienen, ausgesprochen. Im niedersächsischen Koalitionsvertrag ist hingegen lediglich die Rede davon, dass bei der Entscheidung über eine Versenkung von Lagerstättenwasser eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen sollen. Damit kann es zu erheblichen Umweltproblemen kommen.

Der BBU kommt zu dem Schluss: „In der Überschrift des Koalitionsvertrags kündigen SPD und GRÜNE eine ‚Nachhaltige Politik für Niedersachsen‘ an. Offensichtlich brauchen beide Parteien aber den verstärkten Druck der Bevölkerung, um dieser Ankündigung im Bereich „Fracking“ tatsächlich Taten folgen zu lassen. Der BBU begrüßt und unterstützt daher das Entstehen neuer Bürgerinitiativen in Niedersachsen sowie die verstärkte Beschäftigung bestehender Initiativen mit diesem Thema.“ BBU-Pressemitteilung vom 18.02.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/18.02.13.html>

BBU: NRW-Landesregierung muss sich klar gegen Fracking positionieren

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, sich klar gegen Fracking zu positionieren und den Plänen von Bundes-Wirtschaftsminister Rösler und Bundes-Umweltminister Altmaier zur Genehmigung von Fracking eine deutliche Absage zu erteilen. Nach den irritierenden Aussagen von NRW-Ministerpräsidentin Kraft und NRW-Wirtschaftsminister Duin zu den Plänen der Bundesregierung erwartet der BBU ein eindeutiges Bekenntnis der NRW-Landesregierung zur Fortsetzung des faktischen Fracking-Moratoriums in Nordrhein-Westfalen.

Nachdem Rösler und Altmaier in der letzten Woche ihre Pläne für bundesweit einheitliche Genehmigungsanforderungen für Fracking vorgestellt hatten, zeigten nordrhein-westfälische SPD-Politiker deutliche Absetzbewegungen von ihrer bisherigen Politik. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft betonte die Bedeutung der unkonventionellen Erdgasvorkommen. Wirtschaftsminister Duin begrüßte sogar den Vorstoß der Bundesminister, der erfolgte, um bestehende Ländermoratorien auszuhebeln.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: "Offensichtlich sehen Teile der Landesregierung die Chance, Industrieinteressen wieder einmal Vorrang vor dem Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit zu geben. Wir fordern die Landesregierung auf, die Debatte zur Aufweichung bisheriger Positionen zu beenden, eine klare Position gegen Fracking einzunehmen und sich zu einem dauerhaften Bestand des faktischen Fracking-Moratoriums in NRW zu bekennen."

Weiter erklärt Kalusch: „Wenn NRW- Umweltminister Rimmel Fracking mit Russischem Roulette vergleicht, ist ihm zuzustimmen. Umso widersprüchlicher ist der Einsatz des NRW-Umweltministers und des NRW-Wirtschaftsministers zur Erforschung von Fracking. Wie beim Russischen Roulette ist beim Fracking klar, dass die Folgen katastrophal sind. Dies muss nicht erst erforscht werden. Nur ein Verbot kann der Bevölkerung die nötige Sicherheit geben.“

BBU-Pressemitteilung vom 04.03.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/04.03.13.html>

Meeresschutz

Skandal: EU beabsichtigt, von Marokko Fischereirechte in widerrechtlich besetzten Küstengewässern der Westsahara zu kaufen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisiert ein drohendes, neues Fischereiabkommen der Europäischen Union (EU) mit Marokko.

Seit den siebziger Jahren schwelt der Streit um die widerrechtliche Besetzung der Westsahara durch Marokko. Trotz Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des saharaouischen Volkes durch die UN und über 50 Staaten plündert Marokko das besetzte Gebiet nach wie vor aus. Vor diesem Hintergrund ist es skandalös, dass die Europäische Union unter Verletzung des Völkerrechts plant, mit Marokko ein neues Fischereiabkommen zu treffen, das es europäischen Flotten erlaubt, in Küstengewässern der Westsahara zu fischen. Mit diesem Abkommen wäre eine Millio-nenzahlung an die marokkanische Regierung verbunden.

Diese Praxis würde sich einreihen in eine skrupellose europäische Fischereipolitik, mit der auch der Bevölkerung in anderen westafrikanischen Ländern durch hochgerüstete europäische Flotten die Lebensgrundlage entzogen und die Küstenmeere leer gefischt werden. Der BBU fordert die Europäische Kommission auf, das geplante Abkommen mit der Kolonialmacht Marokko zu unterlassen.

Das EU-Parlament hat am Dienstag (06.02.2013) dankenswerter Weise eine Reihe von Beschlüssen zur EU-Fischereipolitik gefasst. Es ist jedoch zurzeit nicht zu erkennen, dass diese Beschlüsse an der geschilderten Situation etwas ändern, zumal die Regierungen der Fischereinationen noch ein Wort mitzureden haben.

Weiterführende Informationen zur Ausplünderung der Westsahara gibt es in der neuen Ausgabe der Zeitschrift "Kritische Ökologie" mit dem Titel Wind, Sand und „meer“.

(Kritische Ökologie / ifak e.V., Redaktionsbüro, Malteserstr. 99k, 12249 Berlin, Tel. 030 / 76 70 34 - 98,

www.ifak-goettingen.de).

Seit dem 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, kann man im Internet gegen die Plünderung in der der See der Westsahara durch die EU-Fischerei protestieren: <http://www.fishelsewhere.eu/a142x1394>

Kontakt zum Arbeitsbereich Meeresschutz des BBU: Peter Willers, Bremen, Tel. 0421-242688.

BBU-Pressemitteilung vom 07.02.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/07.02.13.html>

Verkehrspolitik

BBU fordert: Jetzt Stuttgart 21 beenden!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat aus aktuellem Anlass seine jahrelange Forderung nach dem sofortigen Aus für das heftig umstrittene Bahnprojekt "Stuttgart 21" bekräftigt. Gestern wurden erste Einzeleinheiten aus einem internen Papier des Verkehrsministeriums bekannt. Demnach erwägt die Bundesregierung von dem Bahnprojekt abzurücken. Als Gründe werden u. a. eine zu lange Bauzeit sowie eine enorme Kostenexplosion dargestellt.

Der BBU würde es begrüßen, wenn die Bundesregierung wirklich von Stuttgart 21 abrücken würde. Grundlegend kritisiert der BBU, dass nach den bisherigen Plänen mit Stuttgart 21 ein völlig überzogenes Großprojekt der Bahn durchgezogen werden sollte, während es in vielen Bereichen der Bahn, besonders in der Fläche, erhebliche Defizite

und Mängel gibt. Der BBU spricht sich generell für die Steigerung der Attraktivität der Bahn u. a. durch bessere Taktzeiten und sozialverträglichere Preise aus.

Als Mitglied im Bündnis "Bahn für Alle" (www.bahn-fuer-alle.de) wird sich der BBU weiterhin gegen Stuttgart 21 engagieren. Gleichzeitig bedankt sich der BBU bei allen Initiativen und aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die in ihrem langen und engagierten Widerstand gegen Stuttgart 21 nie nachgelassen haben. Der Verband hofft, dass der vielfältige Protest jetzt bald erfolgreich enden wird. Bis dahin ruft der BBU auch weiterhin zur Teilnahme an den Protesten vor Ort auf. Am 23. Februar soll in Stuttgart unter dem Motto "Endstation Stuttgart 21 - bitte alles aussteigen!" eine Großdemonstration stattfinden. Sie beginnt um 13.30 Uhr am Schlossplatz in Stuttgart. Weitere Informationen zum Ablauf der Demonstration und zu weiteren, nahezu täglichen Protesten, findet man im Internet unter www.kopfbahnhof-21.de (Terminseite). *BBU-Pressemitteilung vom 05.02.2013;*
<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/05.02.13.html>

Wasserschutz

BBU-Wasser-Rundbriefe

Im **RUNDBRIEF Nr. 1010** sind Notizen zu folgenden Themen zu lesen:

- Hauen und Stechen in der Wasserwirtschaft Thüringens. Warum sich die Wasserversorgung in Erfurt und die Thüringer Fernwasserversorgung gegenseitig mit Klagen überziehen.
- Wurde in Thüringen die Gesundheit von 280.000 Trinkwasserkonsumenten leichtfertig auf das Spiel gesetzt?
- Ferner beschäftigt sich der RUNDBR. 1010 mit der Spurenstoffanalytik. Erklärt wird, warum die Wasserwerker bei der Kommunikation der Ergebnisse des Non-Target-Screenings so ihre Schwierigkeiten haben ...
- Und einmal mehr geht es um die „Problembiber“, die inzwischen auch nicht mehr vor der Untermünierung von bayerischen Kläranlagen zurückschrecken ...

Infos und Kontakt: Nikolaus Geiler (Dipl.-Biol., Limnologe), r e g i o W A S S E R e.V. / Freiburger Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Buergerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), E-Mail: nik@akwasser.de

Zementindustrie

Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder weist Schreiben der Anwälte der ZKW Otterbein zurück – Versuch der Fremdbestimmung der Aussagen zu den Emissionen der Zement- und Kalkwerke völlig unakzeptabel

Als nicht akzeptablen Versuch, Einfluss auf die Art und Weise der Information der Bevölkerung über die ZKW-Emissionen in Großenlüder zu erlangen, bezeichnen der BBU und seine Mitgliedsinitiative Pro Lebensraum Großenlüder den jüngsten Vorstoß der Zement und Kalkwerke Otterbein GmbH & Co. KG. Die ZKW Otterbein hatten in einem Schreiben einer Anwaltskanzlei die Bürgerinitiative aufgefordert, ihren Internet-Auftritt zu verändern. Verlangt wurde die Entfernung einer Aussage zu den Emissionen des Betriebs oder die Hinzufügung einer ZKW-genehmen Passage. Als nicht durch das Recht gedeckt sehen der BBU und seine Mitgliedsinitiative den von der Kanzlei behaupteten Anspruch. Dieser Anspruch soll aufgrund „unrichtiger Tatsachendarstellungen“ entstanden sein. Diese Behauptung der Anwaltskanzlei wurde vorgebracht, ohne auch nur eine einzige Rechtsnorm aufzuführen. Und die beanstandete Passage über die Emissionen von zum Beispiel Kohlenmonoxid, Benzol und Quecksilber ist nicht nur nachweislich wahr, wie das Emissionskataster des hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie (HLUG) und das Internetportal des Schadstoffregisters PRTR des Umweltbundesamtes belegen. Auch die ZKW-Anwälte zweifeln den Wahrheitsgehalt der Aussage nicht an. Vielmehr begründen sie die „unrichtige Tatsachendarstellung“ mit dem Fehlen von bestimmten für die ZKW positiven Aussagen.

Für den BBU ist ein derartiges Ansinnen absurd. Nach der bestehenden Rechtslage gibt es kein Recht eines Dritten auf eine möglichst günstige Darstellung seiner Aktivitäten. Es muss lediglich die Wahrheit verbreitet werden.

Peter Schott vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt: „Wenn man sich vor Augen hält, was hier verlangt wird, ist dies ungeheuerlich. Eine Betreiberin verlangt praktisch, die Aussagen der örtlichen Umweltbewegung über ihre Emissionen kontrollieren zu können. So etwas wird keine selbstbewusste Bürgerinitiative mit sich machen lassen.“

Die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder hat umgehend auf das Schreiben der ZKW-Anwälte reagiert, die eine Frist bis zum 5.2.2013 für die Erfüllung ihrer Forderungen gesetzt haben. In dem Antwortschreiben wird auf die Sach- und Rechtslage verwiesen und ausführlich dargestellt, dass kein Rechtsanspruch der ZKW existiert. Ausdrücklich wird das Ansinnen zurückgewiesen, Äußerungen auf der Homepage der Initiative zu ergänzen oder in sonstiger Weise verändern zu lassen.

Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsinitiative „Pro Lebensraum Großenlüder“ vom 05.02.2013;
<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/05.02.13.html>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 02 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 07.04.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.